

# Miteinander verändern!

WAHLPROGRAMM DER PDS ZUR BRANDENBURGER LANDTAGSWAHL 2004



# Den Abwärtstrend stoppen, in die Zukunft investieren, für soziale Gerechtigkeit streiten! Miteinander verändern!

In Brandenburg wie überall im Osten suchen, verteidigen und nutzen Menschen seit Jahren und Jahrzehnten aktiv ihre Möglichkeiten für ein gutes Leben und ein auskömmliches Miteinander. Solidarität und Aufgeschlossenheit, Augenmaß und Verantwortung, Mut und Können bestimmen hierzulande den Alltag und damit auch die Erwartungen an die Politik. Doch Erfolg ist brüchig, Erreichtes steht bald wieder in Frage; die Chancen sind immer ungleicher verteilt. Immer mehr unserer Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde, Töchter und Söhne, Enkelinnen und Enkel finden für sich in unserem Land keine Perspektive mehr; sie suchen ihr Glück anderswo. Zeitweilig oder für immer.

Die Wege für die Menschen im Lande sind stolprig und eng geworden, seit die SPD-geführten Landesregierungen Mitte und Ende der 90er Jahre den »Brandenburger Weg« verlassen und aufgegeben haben – jenes ausdrückliche Bemühen um soziales Engagement, um Toleranz und politische Offenheit. Seit 1999 die CDU in die Landesregierung geholt wurde, haben sich die Dinge erst recht verschlechtert.

Aus den großen Vorhaben der »Großen Koalition« – wirtschaftlicher Aufschwung, Haushaltssanierung, Unterstützung des Mittelstandes, Besserstellung der Kommunen und Stärkung der Investitionstätigkeit des Landes – ist nichts geworden. Im Gegenteil: Brandenburg hat sich seit dem Ende der 90er Jahre von einem der wachstumstärksten zum wachstumsschwächsten Land entwickelt.

Für die Bürgerinnen und Bürger hat sich diese Koalition des Versagens und der Verschwendung nicht ausgezahlt:

■ 1991 gab es in Brandenburg noch das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland – heute den geringsten Anstieg im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer.

- Weniger als ein Drittel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger ist in ein Beschäftigungsverhältnis eingebunden – in keinem anderen ostdeutschen Land fällt diese Quote niedriger aus.
- Brandenburgs Schülerinnen und Schüler sind nur ungenügend auf die Zukunft vorbereitet. Das belegen PISA- und Iglu-Befund. Damit büßen sie gegenüber Altersgefährten aus anderen Bundesländern an Chancen ein – kein Wunder in dem Land mit den niedrigsten Bildungsausgaben pro Schüler und mit immer weniger Schulen.
- Noch nie hat die öffentliche Hand in Brandenburg einen geringeren Anteil des Landeshaushaltes in Investitionen gesteckt – gerade mal ein Fünftel ist es noch. Noch nie waren die Kommunen so schlecht gestellt wie jetzt. Und doch wird die Gesamtverschuldung des Landes allein in der ablaufenden Wahlperiode um rund fünf Milliarden Euro steigen.
- Zugleich erleben wir eine Verschwendung, die einem die Haare zu Berge stehen lässt. Chipfabrik, CargoLifter, Lausitz-Ring, Flughafen Schönefeld – gigantische Summen an Steuergeldern wurden in den märkischen Sand gesetzt. Von den versprochenen Arbeitsplätzen keine Spur. Die CDU-Wirtschaftsminister haben es nicht besser gemacht als die sozialdemokratischen, sondern ihre Vorgänger in dieser Hinsicht sogar noch übertroffen.
- Der ländliche Raum verödet – der Trend zur Verarmung, zur Überalterung und zur Entvölkerung ist nicht gestoppt. Hier und da gibt es Leistungszentren im Land Brandenburg, doch ihre Ausstrahlung bleibt auf die unmittelbare Umgebung beschränkt. Mit dem »Speckgürtel« ist Berlin nach Brandenburg hinein gewachsen – eine neue, eine brandenburgische Perspektive hat unser Land den Menschen dort noch nicht gegeben. Politische Debatten über eine Fusionsperspektive 2006/2009 bieten keine Antwort auf das eigentliche Problem: Das Land, die Region verliert an innerem Zusammenhalt.
- Mit vielen seiner Probleme steht Brandenburg nicht allein. Steht auch der Osten nicht allein. Soziale Einschnitte bedrängen die Menschen in Ost und West, grenzen mehr und mehr von ihnen aus, nehmen ihnen Lebenschancen und Sicherheiten – im Alter wie im Krankheitsfall, bei der Jobsuche und im Kampf um den täglichen Lebensunterhalt. Vieles wird teurer, vieles wird schlechter, die finanziellen Spielräume der öffentlichen wie der privaten Haushalte verringern sich – die Massenarbeitslosigkeit aber ist geblieben, Perspektiven sind Mangelware. Die SPD-CDU-Koalition in Brandenburg hat der dafür verantwortlichen faktischen großen Koalition auf Bundesebene nichts entgegen setzen können und auch nichts entgegen setzen wollen. Anders als die rot-roten Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat sie der Gesundheits-, der Steuer- und der Arbeitsmarktreform zugestimmt.

■ Die Politik hat sich von den Bürgerinnen und Bürgern getrennt, sie werden zu Zuschauern gemacht; die SPD-CDU-Mehrheit reduziert den Landtag zum Gefolgsorgan der Landesregierung und schottet das Parlament gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern bewusst ab – z. B. mit der Weigerung, die von über 150.000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern getragene Volksinitiative gegen Kita-Kürzungen überhaupt zu behandeln. Bei der Gemeindegebietsreform wuchsen nicht Lebensorte zusammen, sondern wurden Kommunen obrigkeitlich und zentralistisch aufgelöst und neu geordnet. Die Verantwortung für das Bergab des Landes insgesamt kann der SPD, die dreizehn Jahre die Geschicke Brandenburgs bestimmte, niemand abnehmen.

Nun will die CDU die Sozialdemokraten als führende Regierungspartei ablösen. Mit V-Mann-Affären und ihren Vorschlägen zu Fußfesseln für Schulschwänzer und Ausgehverboten für Jugendliche, mit der blamablen Verweigerung gegenüber dem Zuwanderungsgesetz und Ausfällen gegen eine angebliche »DDR-Mentalität« im Lande, auch mit der Anbiederung an die USA während des Irak-Krieges hat sie deutlich gemacht, wie ihre Vorstellung von einem künftigen Brandenburg aussieht: sozial erkaltet und autoritär geprägt.

Wir wollen einen anderen Weg für unser Land Brandenburg:

Hier leben wissende, arbeitsame und findige Menschen – gastfreundlich und ihrer Region verbunden. Hier leben fähige WissenschaftlerInnen und kluge StudentInnen, einfallsreiche IngenieurInnen und TechnologInnen, erfahrene LandwirtInnen, kreative Kulturschaffende, freundliche DienstleisterInnen. In unserem Land entstehen viel versprechende Ansätze moderner technologischer Produktionen, so zum Beispiel in der Biotechnologie und ungeachtet des Scheiterns der Chipfabrik in der Mikroelektronik. Es verfügt über leistungsfähige Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Dieses Land ist anziehend für Erholung Suchende aus Nah und Fern; es kann Nutzen aus seiner Nähe zu Berlin und zu den Zukunftsmärkten im europäischen Osten ziehen.

Eine bessere Zukunft ist möglich. Der Weg dorthin führt über

- soziale Gerechtigkeit und Solidarität,
- politische, wirtschaftliche und ökologische Erneuerung,
- demokratisches Engagement und Toleranz.

Dass Brandenburg diesen Weg gehen kann – dafür wollen wir uns politisch einsetzen.

Wir wollen, dass Politik für die Bürgerinnen und Bürger und mit ihnen gemacht wird, dass ihre Verbände, Vereine, gesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, dass die Gemeinden und Kreise in Entscheidungen einbezogen werden.

Wir wollen, dass Lebensleistungen hier im Osten, hier in Brandenburg dauerhaft gelten und dauerhaft möglich sind.

Wir sind davon überzeugt, dass das gelingen kann, wenn sich die Landespolitik künftig darauf konzentriert,

- den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang des Landes zu stoppen und Voraussetzungen für eine Trendwende zu schaffen,
- als zentrale Zukunftsinvestition ein umfassendes Bildungsprogramm aufzulegen und
- den Bund und die Europäische Union dazu zu drängen, eine soziale und zukunftsorientierte Wende in unserem Land zu fördern und nicht weiter zu behindern.

Wie das bewerkstelligt werden kann, stellen wir mit unserem Diskussionsangebot »Perspektive Brandenburg 2020« vor.

Gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich nicht von Landtagswahl zu Landtagswahl. Schon gar nicht angesichts der schwierigen Lage unseres Landes. Es wird mehrere Legislaturperioden dauern, die Dinge nachhaltig zum Besseren zu wenden – mindestens zehn, fünfzehn Jahre.

Umso dringender ist es, jetzt zu beginnen.

Was dabei aus unserer Sicht bereits 2004 bis 2009 getan werden muss, fasst unser Wahlprogramm zusammen. Wir konzentrieren uns dabei auf jene Weichenstellungen, die einerseits möglich sind – und deren Ausbleiben andererseits weiteren, nicht mehr gut zu machenden Schaden für die Perspektive unseres Landes anrichten würde.

### **1. Kraft für die Zukunft: eine Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit als Grundprinzip durchsetzen.**

Die Zukunft beginnt heute – heute fallen die Entscheidungen darüber, wie sich die Zukunft gestalten wird. Wir wollen deswegen die vorhandenen Spielräume und Mittel eines Bundeslandes darauf verwenden, Menschen schon heute in größtmöglicher Breite mit den besten Voraussetzungen für die künftigen Herausforderungen – die Herausforderungen einer auf Nachhaltigkeit orientierten Wissens- und Informationsgesellschaft – auszustatten. Am besten gelingt das durch ein umfassendes, im Alltag des gesamten Landes und aller Bürgerinnen und Bürger spürbares Bildungsprogramm.

Es geht um die bessere Vermittlung von Wissen und um die Fähigkeit, dieses Wissen anwenden und eigenständig erweitern zu können – in Kitas, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und in der Weiterbildung. Es geht um Kultur im Alltag und soziale Kompetenz, um Bibliotheken, Kultureinrichtungen, Jugendclubs, um ein dichtes und buntes Netz an Vereinen und Verbänden, um gute Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen und in allen

Städten und Dörfern. Es geht um die Beseitigung von sozialen Zugangsbeschränkungen. Es geht uns um eine Gesellschaft, an der alle teilhaben und in der alle wirken können.

Fördern statt auslesen – dieser Grundsatz muss durchgängiges Leitmotiv der Bildungspolitik werden. Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem alle in ihren Leistungsstärken gefördert und gefordert und in dem Benachteiligungen systematisch ausgeglichen werden. Kita und Schule müssen Orte des Lernens und des Lebens und ein Ort der Kommunikation von Kindern und Jugendlichen untereinander und mit der gesamten Gesellschaft sein. Wohnortnähe von Kitas und Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für die Identifikation von Heranwachsenden mit dem sie umgebenden Wohnumfeld. Die drastisch sinkenden Schülerzahlen in Brandenburg dürfen nicht weiter einfach als Vorwand für Schulschließungen, Stellenkürzungen und weitere Einsparungen missbraucht, sondern müssen endlich dazu genutzt werden, um die Lern- und Lehrbedingungen an den Schulen zu verbessern. Umgekehrt sind dort, wo steigende Schülerzahlen zu erwarten sind, Kapazitäten, Bildungsangebote und Schulstandorte rechtzeitig auszubauen.

Daher tritt die PDS ein für:

- die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz sowie für einen verbindlichen Bildungsauftrag für Kindertagesstätten,
- die Einführung eines elternbeitragsfreien Vorschuljahres,
- die Zusammenführung von Gesamt- und Realschule zur integrativen Sekundarschule als erstem Schritt zur Einführung einer zehnjährigen gemeinsamen Schulzeit und als wichtige Voraussetzung für den Erhalt kleiner Schulstandorte in den ländlichen Räumen; die Berücksichtigung des perspektivischen Bildungsbedarfes und der Bevölkerungsentwicklung bei der Entscheidung zu Schulstandorten,
- eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung,
- den Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Ganztageseinrichtungen einschließlich eines Betreuungsangebotes vor und nach dem Unterricht für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie für Kinder mit besonderem Förderbedarf,
- mehr Zeit für pädagogische Arbeit und individuelle Schülerförderung sowie mehr Zeit für die Fortbildung der Lehrer,
- die Erhöhung der Selbständigkeit der Schulen,
- ein Regelabitur nach 12 Jahren – wobei der Wechsel zwischen den Bildungsgängen möglich bleiben und Chancengleichheit gewährleistet werden muss,
- die Aufnahme des Rechts eines jeden Jugendlichen auf eine berufliche Erstausbildung in die Landesverfassung. Private und öffentliche Mittel sollen im Land in einer Stiftung »Arbeit und Ausbildung« zu-

sammengeführt werden; bundesweit ist eine Ausbildungsplatzumlage nötig. Die Stiftung soll auch ein Programm zur Förderung des beruflichen Einstiegs für Berufsanfänger und junge Arbeitssuchende bis 25 Jahre tragen,

- gebührenfreies Studieren im Land Brandenburg, umfassende und finanziell abgesicherte Autonomie und Demokratisierung der Hochschulen sowie Vernetzung der Berliner und Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen – mit besonderer Ausrichtung auf Osteuropa, nachhaltige Energiekonzepte und Technologie. Ziel ist es, das Niveau von Lehre und Forschung zu heben – und zwar in der Breite, nicht reduziert auf ein oder zwei Eliteuniversitäten. Die außeruniversitäre Forschung im Land ist zu erhalten und zu sichern,
- die Anhebung der Landeszuschüsse für die Grundversorgung in der Weiterbildung auf das Niveau von 1999 (2400 Unterrichtsstunden pro 30.000 Einwohner) und Erhalt der Trägervielfalt,
- die Wiederanhebung des Landesjugendplans auf das Niveau von 1999 und die Festschreibung bis 2009 auf dem Wege einer Verpflichtungsermächtigung, um den Trägern der Jugendarbeit und der außerschulischen, politischen Bildungsarbeit längerfristige Planungssicherheit zu geben,
- die quantitative Sicherung des 610-Stellen-Programms und der Jugendverbandsförderung innerhalb des Landesjugendplans. Beide Bereiche vertragen keinen Rotstift mehr und sollten als Projekte landesweiter Jugendhilfestuerung Gegenstand eines langfristigen Prozesses der Qualitätssicherung und -entwicklung sein,
- die Einrichtung eines Jugendhilfegipfels als dauerhaftes Diskussions- und Beratungsgremium für die Brandenburger Politik. Jugendhilfe muss in ihrer Gesamtheit betrachtet werden und darf nicht länger isoliert als Politik »für« Jugend betrachtet werden. Jugendpolitik ist Standortpolitik. Der einzurichtende Jugendhilfegipfel soll AkteurlInnen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden an einen Tisch bringen mit dem Auftrag des Monitorings für die Jugendpolitik des Landes.

## **2. Aus jedem Euro öffentlicher Förderung ein Mehr an Arbeitseffekten und an nachhaltiger Entwicklung. Die heimische Wirtschaft ins Zentrum politischer Bemühungen rücken.**

Unser Ziel ist es, dass schon bald in Brandenburg mehr Arbeitsplätze entstehen als wegfallen. Wir wollen wettbewerbsfähige industrielle Standorte wie Schwedt, Schwarzheide, Eisenhüttenstadt, Babelsberg und Hennigsdorf erhalten, zukunftsfähige Branchen wie Bio-, Umwelt- und Energietechnologie, Verkehrstechnik, Medienwirtschaft, Papierindustrie, Luftfahrtindustrie, Schienenfahrzeugbau und Touris-



mus fördern sowie die Gründung neuer, leistungsfähiger Unternehmen aus dem Land heraus anregen und fördern. Brandenburg verfügt aus den vergangenen anderthalb Jahrzehnten über viele Erfahrungen und Erkenntnisse zur nachhaltigen Entwicklung und zum ökologischen Umbau – sie sind ein Standortvorteil, der genutzt werden muss. Wir wollen die Gestaltung des sozialen und ökologischen Umbaus der Gesellschaft im engen Zusammenwirken der Bewegungen der »Lokalen Agenda 21« realisieren. Innerhalb eines Energiemix, der sich perspektivisch auch aus den Bereichen Biomasse, Geothermie, Solaranlagen, Photovoltaik sowie anderen nicht kernenergetischen Quellen zusammensetzt und die bislang dominante Großkraftwerksstruktur der Stromwirtschaft zurückdrängt, hat auch die Braunkohle als wichtiger Faktor von Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine Zukunft. Die Entwicklung der Medienbranche hat in der Region Berlin-Brandenburg trotz der schweren Krise in den letzten Jahren eine positive Prognose. Mit der Medienstadt Babelsberg als einem traditionsreichen Standort hat Brandenburg gute Voraussetzungen, an dieser Entwicklung teilzuhaben. Diese Chance gilt es zu nutzen. Daher muss die Medienstadt Babelsberg konsequenter gefördert und zu einem modernen Zentrum der Film- und Fernsehproduktion werden – mit deutlichen Impulsen für die Entwicklung moderner, wissensbasierter Arbeitsplätze.

Die Konzentration auf ehrgeizige Großprojekte ist gescheitert; der umfangreiche geballte Einsatz öffentlicher Mittel ohne einen stabilen privaten Partner führte – so die Erfahrung der letzten Jahre – lediglich zum Verlust von sehr viel Geld. Die Verschwendung öffentlicher Mittel muss sofort beendet und vorhandenes Geld strikt nach dem Maßstab höchstmöglicher, nachhaltiger Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die soziale Infrastruktur verwendet werden. So darf der Flughafen Schönefeld nicht weiter Millionengrab für öffentliche Gelder sein. Wirtschafts-, Agrar-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Regionalpolitik sollen verflochten werden. Arbeitsplätze in der Erwerbswirtschaft werden gleichermaßen benötigt wie öffentliche finanzierte Beschäftigung, die der Erfüllung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben dient.

Um mit jedem Euro ein Mehr an positiven Effekten zu erzielen, wollen wir die Wirtschaftsförderung verstärkt mit Bürgschaften oder zinslosen bzw. –günstigen Darlehen statt direkten Zuschüssen gestalten und so für das Land Barmittel einsparen. Es gilt, den Zugang zum Kapitalmarkt für die Unternehmen zu verbessern. Begleitend streben wir den Erhalt und den Umbau öffentlich-rechtlicher Finanzinstitutionen an. So soll es auch möglich werden, regionale Leistungspotenziale zusammenzuführen und neue Unternehmen bzw. Freiberufler anzusiedeln bzw. Existenzgründer zu unterstützen.

Im Einzelnen beabsichtigen wir Folgendes:

■ 150 Mio. Euro, über die bislang verschiedene Ressorts verfügen, werden zusammengeführt, um in den Regionen des Landes jeweils spezifisch notwendige Leistungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich finanziell zu fördern (Brandenburgischer Regionalfonds). Um die Handlungsfähigkeit eigenkapitalschwacher Unternehmen und Freiberufler sowohl in der Investitions- als auch in der Gründungsphase wesentlich zu erhöhen, wollen wir an Stelle der bisherigen direkten Zuschüsse einen den Landeshaushalt entlastenden Bürgschaftsrahmen von insgesamt 160 Mio. Euro eröffnen. Dafür sind die sehr eingeschränkten Einsatzbestimmungen für Bürgschaften im Haushaltsgesetz aufzuheben und Ausnahmen vom Grundsatz zuzulassen, dass die Rückzahlung der Kredite mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann. Ein weiterer Bürgschaftsfonds ist im Interesse der kommunalen Wohnungsunternehmen zu schaffen (Bürgschaftsrahmen: 80 bis 100 Mio. Euro).

■ Die Sparkassen in Brandenburg wollen wir als öffentliche Finanzinstitutionen erhalten und als Instrument zum Auf- und Ausbau regionaler Wirtschafts- und Sozialbeziehungen stärken. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg soll zu einer Mittelstandsbank mit Hausbankfunktion umgestaltet werden.

■ Mit einem Landesvergabegesetz sollen die örtlichen und regionalen Unternehmen besser gestellt werden, wenn es um die Erteilung öffentlicher Aufträge geht. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob die Betriebe ausbilden und Entlohnung nach den ortsüblichen Tarifen zahlen.

■ Die Weiterführung einer Strukturgesellschaft zur Verwaltung, Entwicklung und Verwertung landeseigener Grundstücke und Liegenschaften sowie die Übernahme von zusätzlichen Geschäftsfeldern ist zu prüfen. Die demokratische Kontrolle durch den Landtag muss verbessert werden.

■ Die Brandenburger Leitlinien für Konversion müssen überarbeitet werden – verbunden mit einer Prioritätendiskussion über künftige Konversionsmaßnahmen. Über eine Bundesratsinitiative soll ein Bundeskonversionsgesetz, welches verbindliche Verfahrensregeln für Begleitmaßnahmen, Lastenverteilung und Kompensationsmaßnahmen bei Standortschließungen durch die Bundeswehr und für Konversion festlegt, auf den Weg gebracht werden.

■ Brandenburg ist als Kompetenzzentrum der Schienenfahrzeugproduktion am Produktionsstandort Hennigsdorf und an den Instandhaltungsstandorten Cottbus, Wittenberge und Eberswalde sowie mit dem bahnbezogenen Gewerbe in Brandenburg an der Havel zu sichern und weiter zu entwickeln. Dabei sind Synergieeffekte

durch Verknüpfung von Produkten des Personennah- und -fernverkehrs stärker zu nutzen.

■ Angesichts der gescheiterten Privatisierungsversuche beim Bau des Großflughafens in Schönefeld und der milliardenschweren Verschleuderung von öffentlichen Geldern ist ein Neubeginn dringend erforderlich. Die Ziele der Brandenburgischen Luftverkehrspolitik sind neu zu definieren. Der Kurzstreckenflugverkehr unter 600 km soll durch attraktive Bahnangebote ersetzt werden. Wir engagieren uns für Nachtflugverbote, eine verschärfende Novelle des Bundesfluglärmsgesetzes und eine Verbesserung des Lärmschutzes sowie für die Kooperation insbesondere mit dem Flughafen Leipzig/Halle. Sollten die vorhandenen Kapazitäten von der realen Bedarfsentwicklung überschritten und deshalb ein Flughafenaus- bzw. -neubau erforderlich sein, so sind alle Entscheidungen nach strengen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Kriterien zu bewerten und zu treffen. Öffentliche Mittel dürfen nicht in ein Großflughafenprojekt fließen, aus dem sich die privaten Investoren wegen zu hoher wirtschaftlicher Risiken zurückgezogen haben.

■ Der Auf- und Ausbau von Absatzorganisationen sowie von Erzeugerverbänden und regionalen Erzeugerketten in der Agrarwirtschaft sowie der Wachstumsbranche Gartenbau ist zu fördern. Sowohl vor- als auch nachgelagerte Bereiche der Landwirtschaft sollen in der Region angesiedelt werden. Es soll spezielle Landesförderungen für die Produktion erneuerbarer Rohstoffe und Energien geben. Ziel sind die Produktion und Vermarktung von regionalen Qualitätsprodukten und die Erweiterung der gärtnerischen und Obsterzeugung für den Berliner Markt.

■ Die Potenzen der naturräumlichen Ausstattung Brandenburgs sind stärker zur Entwicklung der Tourismusregionen zu nutzen. Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor Brandenburgs. Die Tourismuskonzeption des Landes gilt es fortzuschreiben. Dabei ist auf eine noch stärkere Kooperation zwischen den Reisegebieten hinzuwirken und eine finanzielle Sicherstellung des Landestourismusverbandes und der Tourismus Marketing GmbH zu gewährleisten. Die touristische Infrastruktur ist zu stabilisieren und auszubauen, Wasser-, Rad-, Reit- und Wanderwege müssen miteinander stärker vernetzt und Lücken im Netz geschlossen werden. Der ÖPNV muss in die touristische Entwicklung eingebunden und entsprechend ausgerichtet werden.

■ Der Vorrang von Pacht und Erbbaurecht bei landeseigenem Grund und Boden, die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes sowie naturschutzfachlich relevanter Flächen ist zu gewährleisten. Um die Existenz brandenburgischer Agrarbetriebe aller Eigentumsformen muss zugleich engagiert auf Bundes- und EU-Ebene gekämpft werden – u.a. für eine gerechte Lösung der Altschuldenproblematik.

Die PDS tritt für die unverzügliche Rückabwicklung der zu Unrecht erfolgten Enteignung von Bodenreform-Begünstigten ein. Die kostenlose Übertragung von Naturschutzflächen an Träger des Naturschutzes soll endlich vollzogen werden.

■ Zur Stabilisierung der Träger beschäftigungspolitischer Projekte ist die notwendige Grundfinanzierung zu sichern. Schrittweise muss der Übergang zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im sozialen, Jugend-, Frauen-, Umwelt- sowie im kulturellen und Sportbereich erfolgen.

■ Für Zielgruppen wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Jugendliche beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben und Arbeitslose über 55 Jahre sind spezifische Arbeitsmarktprogramme zu sichern.

■ Kommunale Energieunternehmen wollen wir durch wettbewerbskonforme kommunalrechtliche Regelungen stärken. Erzeuger und Anbieter erneuerbarer Energien dürfen nicht diskriminiert werden. Aus der Sicht der PDS sind sowohl der Anlagenbau als auch die Erzeugung erneuerbarer Energien Sektoren der mittelständischen Wirtschaft, in denen zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen können.

■ Mit Blick auf den künftig anzustrebenden Energiemix wollen wir die Ansiedlung von Unternehmen zur Herstellung und Entwicklung alternativer Energieerzeugungsanlagen unterstützen. Die Lausitz soll perspektivisch zu einem »Silicon-Valley« der modernen Energiewirtschaft werden - so durch Errichtung eines Kompetenzzentrums Energie im Umfeld der BTU Cottbus bzw. in der Lausitz, durch die konsequente Fortsetzung der ökologischen Sanierung der ehemaligen Braunkohletagebaue sowie durch Maßnahmen zur weiteren Senkung der Kohlendioxid-Emissionen bei der Braunkohleverstromung. Die Genehmigung zur Errichtung von Windkraftanlagen soll unter Beachtung der nachteiligen Wirkungen für Menschen, Tiere und das Landschaftsbild restriktiv erfolgen.

■ Ein Entwicklungsprogramm der Medienstadt Babelsberg bis zum Jahr 2020 muss jetzt mit Fachleuten aus dem Medienbereich, der Medienwirtschaft und Kultur erstellt werden und jährlich abrechenbare Zielgrößen enthalten. Erste Ziele sind die Ansiedlung von Medienunternehmen mit Auftraggeberfunktion, die Förderung mittelständischer Medienunternehmen und Maßnahmen zur Konzentration der Fernsehproduktion des RBB sowie der Aufbau einer Stiftung zur Förderung des Nachwuchses im Film- und Fernsehbereich in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Film und Fernsehen.

■ Die entwicklungspolitische Arbeit soll als Hilfe zur Selbsthilfe in Entwicklungsländern wieder Landesaufgabe sein. Damit entstehen auch neue Chancen für Arbeitsplätze in Brandenburg.

### **3. Gesundheitsleistungen müssen nicht nur bezahlbar, sondern auch erreichbar sein. Soziale Dienste erhalten.**

Bei der Rente und bei der Krankenversicherung haben SPD, Grüne, Union und FDP auf der Bundesebene dafür gesorgt, dass man mehr bezahlt und zugleich weniger bekommt. Die Probleme der sozialen Sicherungssysteme bleiben gleichwohl ungelöst. Und neue kommen hinzu: Die Arbeitsmarktreformen erhöhen – insbesondere im Osten – nicht nur die Arbeitslosigkeit und verschlechtern die Lage und die Aussichten der Betroffenen, sondern zerstören zugleich große Teile jenes Bereiches, in dem dringend notwendige soziale Leistungen für viele Menschen erbracht und finanziert werden. Die demographische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung stellt zudem völlig neue Anforderungen insbesondere an die Betreuung und Versorgung von älteren, kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Landespolitik hat weder die Kompetenzen noch die Mittel, hier überall in die Bresche zu springen. Doch sie kann und muss einerseits auf Bundesebene gegen die Zerschlagung sozialer Standards kämpfen und andererseits mehr als die jetzige Landesregierung tun, um soziale Gerechtigkeit in Brandenburg herzustellen und zu wahren. Dazu gehören insbesondere die Aufrechterhaltung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung in allen Teilen des Landes, die Sicherung der Trägerstruktur für soziale Leistungen und ein kinderfreundliches Klima im Land. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und müssen die Möglichkeit erhalten, dieses Recht auch auszuüben und in Anspruch nehmen zu können.

Wir setzen uns daher für Folgendes ein:

■ Ärztehäuser, Gesundheitszentren und Polikliniken sollen erhalten bleiben. In den ländlichen Räumen sehen wir die Chance, dem bestehenden Ärztemangel entgegenzuwirken, indem die Gesundheitszentren freie Praxen übernehmen. Ärztinnen und Ärzten könnte auf diesem Wege das hohe finanzielle Risiko einer Niederlassung genommen werden.

■ Wir wollen die Kommunen in ihren Aktivitäten zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten in unterversorgten Regionen unterstützen. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassenverbänden und den kommunalen Spitzenverbänden werden wir prüfen, welchen Beitrag das Land durch die Übernahme von Bürgschaften oder die Förderung von Existenzgründungen zur Beseitigung des Ärztemangels leisten kann (Landarztprogramm).

■ Für vordringlich halten wir eine zügige Angleichung des Vergütungsniveaus an das der alten Bundesländer. Für eine solche Angleichung muss sich das Land gegenüber dem Bund einsetzen.

- Um freie Stellen für angestellte Ärzte an den Krankenhäusern und Gesundheitszentren schneller zu besetzen ist eine enge Kooperation mit den Agenturen für Arbeit notwendig.
- Investitionen in die Krankenhäuser müssen wieder auf ein Niveau gebracht werden, das ihre Substanz sichert.
- Wir wollen die Leistungen der Landeskrankenhäuser in eine enge Kooperation mit anderen Krankenhäusern und Versorgungsangeboten in den jeweiligen Regionen einbinden. Dazu halten wir ihre Überführung in kommunales Eigentum für denkbar. Eine Privatisierung lehnen wir ab. Eine gemeinsame Krankenhausplanung für Berlin-Brandenburg ist verbindlich zu vereinbaren.
- Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und Krankheiten besser vorbeugen. Kürzungen von Reihenuntersuchungen für Schülerinnen und Schüler stehen diesem Anspruch entgegen und sind kein sinnvoller Beitrag zur Kostenentlastung. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung ist unverzichtbare Grundlage politischen Handelns. Prävention ist nicht nur wichtig für Lebensqualität und Chancengleichheit, sondern senkt langfristig auch die Gesundheitsausgaben.
- Bei der Organisation des Rettungsdienstes sehen wir Reformbedarf. Durch die Zusammenführung von Rettungsleitstellen und durch eine stärkere Mitbestimmung der Krankenkassen bei der Festsetzung von Gebühren können die Kosten ohne jegliche Qualitätseinbußen gesenkt werden.
- Wir werden keine weiteren Kürzungen im Rahmen des Landespflegegeldgesetzes hinnehmen. Bezahlbare Betreuung und Pflege sind zu sichern, kontrollierbare einheitliche Landesstandards zu entwickeln. Dafür befürworten wir eine Novellierung des Pflegegeldgesetzes.
- Für die Betreuung und Förderung von Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftigen und von Menschen mit Behinderungen wollen wir mehr ambulante Versorgungsangebote schaffen. Dies hilft auch, unnötige Kosten einer stationären Versorgung zu vermeiden.
- Die Kurorte sollen weiter gestärkt und entwickelt werden. Dazu muss das Zusammenspiel zwischen medizinischer Kompetenz und gesundheitlichen wie touristischen Leistungen verbessert und ausgebaut werden.

#### **4. Demokratie und Öffentlichkeit entfalten, Rechtsstaat stärken, Parteivorherrschaft abbauen.**

Auch heute bestätigt sich die Erfahrung: Politik über die Köpfe der Menschen hinweg führt zu einer Politik gegen die Menschen, gegen soziale Gerechtigkeit. Daher auch unsere Schlussfolgerung: Miteinander verändern! Dafür wollen wir die Voraussetzungen verbessern, ausgestalten und günstigere Bedingungen schaffen. Demokratische Mitwirkung in einem sozialen Rechtsstaat ist elementare Bedingung einer hohen, attraktiven Lebensqualität.

Die Wahrnehmung demokratischer Rechte soll gefördert und nicht nur formal gewährt und geduldet werden! Wir setzen auf Freiheitsrechte und Bürgersinn statt Überwachungsstaat. Repression ist nicht Zweck, sondern letztes Mittel in Sachen öffentliche Sicherheit. Die einseitige Politik von Repression und Einschnitten in Grund- und Bürgerrechte hat auch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus versagt; die Anzahl rechtsextremistischer Übergriffe ist weiter gestiegen. Wir wollen dem eine Politik des zivilgesellschaftlichen Dialogs und des sozialen Engagements für ein tolerantes, demokratisches und humanitär verfasstes Brandenburg entgegen stellen. Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit stoßen auf unsere entschlossene Ablehnung.

Im Einzelnen wollen wir:

■ Die Möglichkeiten der Landesverfassung zum Leben erwecken: Die Bürgerinnen und Bürger sollen über Bürgerentscheide und Volksentscheide direkte Mitsprachemöglichkeiten zu einem größeren Kreis von Fragen haben und dafür bessere Bedingungen vorfinden (Entbürokratisierung, Stimmabgabe in Wohnortnähe, Einführung einer Kostenerstattungsregelung, spezielle Angebote der politischen Bildung sowie gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu Mitwirkungsmöglichkeiten u. a.). Volksentscheide dürfen an keinerlei Beteiligungsquorum gebunden sein; Ausnahmen sollte es allein bei Verfassungsänderungen geben.

■ Den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft im engen Zusammenwirken der Bewegungen der »Lokalen Agenda« gestalten. Dazu sollen der landesweit wirksame Erfahrungsaustausch und die finanzielle Unterstützung der an der Lokalen Agenda 21 mitwirkenden Gruppen auch auf kommunaler Ebene gesichert werden. Die Beiräte bei den unteren Naturschutzbehörden sollen wieder den Stellenwert wie vor der konservativ geprägten Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes erhalten.

■ Kindern und Jugendlichen mehr Vertrauen und mehr Verantwortung geben: Das Wahlalter bei kommunalen Wahlen und Volksabstimmungen soll auf 16 Jahre abgesenkt, Mitwirkung und Mitbestimmung durch

Kinder und Jugendliche an ihrem jeweiligen Lebensort konkret ausgestaltet werden.

■ Die Interessen und Bedürfnisse der älteren Generation in der Politik mehr beachten: Ihre unmittelbare Mitwirkung ist gefragt und soll umfassend genutzt werden. Die stärkere Einbeziehung der älteren Bürgerinnen und Bürger in landesspezifische Entscheidungsprozesse soll u. a. durch Beratungen mit dem Landesseniorrat Brandenburgs als deren Interessenvertretung erfolgen.

■ Den Landtag im Zuge einer Parlamentsreform gegenüber der Landesregierung stärken: Die Kontrollfunktion des Landtages ist auszubauen und durch entsprechende Regularien zu festigen. Bei Entscheidungen von Parlament und Regierung ist mehr Transparenz zu sichern.

■ Das brandenburgische Abgeordnetenrecht grundlegend novellieren: Dies betrifft insbesondere die Diäten und Kostenpauschalen, die Übergangsgelder an ausscheidende Abgeordnete sowie die Einbeziehung der Abgeordneten in die gesetzliche Altersversorgung. In Anlehnung an diese Grundsätze ist auch die Besoldung von Mitgliedern der Landesregierung und von Staatssekretären neu zu gestalten.

■ Die Parteivorherrschaft zurückdrängen: Wir schlagen vor, dass die im Landtag vertretenen Parteien ihre Mitglieder aus dem Rundfunkrat des RBB zurückziehen und die Plätze für unabhängige Medienexpertinnen und -experten frei machen.

■ Ein Finanzausgleichsgesetz beschließen, das mehr Planungssicherheit für die Kommunen schafft und die direkten allgemeinen Zuweisungen deutlich erhöht und zugleich die Stadt-Umland-Beziehungen und die spezifischen Bedingungen kleinerer Gemeinden insbesondere im ländlichen Raum berücksichtigt.

■ Den Handlungsspielraum kommunaler Unternehmen erweitern und ihre Konkurrenzfähigkeit erhöhen: Für die Kommunen sind so die Bedingungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu verbessern. Die Kosten der Gewässerunterhaltung und der Abwasserentsorgung sollen gesenkt werden. Sind bei Neuinvestitionen dezentrale Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten gegeben, muss der Anschluss- und Benutzungszwang aufgehoben werden.

■ Die Verwaltung überschaubarer und bürgernäher gestalten: Verwaltungsaufgaben und die notwendigen Finanzen sollen vom Land auf die Kommunen übertragen werden – auch um Verfahren zu entbürokratisieren und eine bürgernahe Verwaltung zu ermöglichen. Das ist der Kern der Verwaltungs- und der Funktionalreform, die wir anstreben.



- Eine Gemeindefinanzkommission zur Sicherung einer stärkeren Mitwirkung der Kommunen bei der Gestaltung der Zukunft der Gemeindefinanzierung im Land einrichten.
- Die Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalte) und an Entscheidungen über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen beteiligen.
- Bei der öffentlichen Sicherheit neu ansetzen: Kommunale Kriminalitätsverhütung, eine bürgernahe und bürgerfreundliche sowie gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei mit einem starken Netz von Revierpolizisten sowie eine engere Zusammenarbeit mit dem Land Berlin müssen Grundpfeiler der neuen Sicherheitspolitik sein.
- Eine wirksame parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes durchsetzen und die Verfassungsschutzbehörde schrittweise abbauen. Wir erteilen dem Einsatz der Bundeswehr im Innern des Landes und der Übertragung polizeilicher Aufgaben an den Verfassungsschutz eine klare Absage.
- Das Bewusstsein von der Einmaligkeit des Holocaust und des Nazi-Regimes an den berufsvorbereitenden und allgemeinen Schulen, in Gedenkstätten wie den KZ Sachsenhausen und Ravensbrück und dem Zuchthaus Brandenburg sowie generell in der Gesellschaft wach halten und stärken und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus intensivieren: Es darf nicht dazu kommen, dass das Gedenken an die Millionen Opfer des deutschen Faschismus unter dem Schlagwort des Totalitarismus zu einer Gleichsetzung von DDR und Nazi-Deutschland führt. Die Maßnahmen des Landes, der Kommunen und der freien Träger im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie bei der Beratung und Begleitung von Opfern rechter Gewalt sind noch intensiver zu vernetzen und auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen.
- Asylbewerbern in Brandenburg ein menschenwürdiges Leben ermöglichen: Wir setzen uns für die unverzügliche Einsetzung einer Härtefall-Kommission für Asylbewerber ein. Das Sachleistungsprinzip gehört abgeschafft. Asylbewerbern ist der volle Sozialhilfesatz zu gewähren. Die Residenzpflicht soll aufgehoben werden.
- Die finanzielle Basis der Stiftung für das sorbische Volk – der wichtigsten Grundlage für die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur – sichern.
- Die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die tatsächliche Gleichstellung von Religionsgemeinschaften und Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung schaffen.

**5. Die Region zusammenhalten – Lebensfähigkeit und Solidarität aller Teile des Landes. Verantwortung dorthin, wo die Kompetenz am größten ist. Für ein sinnvolles Miteinander mit Berlin ohne Druck auf eine Länderfusion. Unsere Region im zusammenwachsenden Europa.**

Wir wollen einen guten Zusammenhalt unseres Landes in Solidarität und Individualität, Verwurzelung in der engeren Heimat und Verantwortung für das Ganze gewährleisten. In diesem Sinne wollen wir mit modernen Mitteln und Instrumenten den Zusammenhalt unseres Landes sichern. Das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg und die Landesentwicklungspläne sollen überarbeitet werden, damit sie endlich von der Bremse zum Motor von Aufbruch und Solidarität werden – gemäß den veränderten Bedingungen wie der Altersstruktur und der Arbeitslosigkeit, der Abwanderung, der Schrumpfung der Städte und der Entleerung ganzer Räume und auch der Lage nach der Gemeindegebietsreform. Wir wollen eine regionale Entwicklung, die die berlinfernen Räume nicht auf die Erfüllung von Hilfsfunktionen reduziert. Die Menschen sollen in allen Regionen Arbeit, Wohnung, Bildung, Kultur und soziale Betreuung finden. Die Landespolitik steht in besonderer Verantwortung für die berlinfernen Regionen, weil deren wirtschaftliche Entwicklung nur bedingt durch das Metropolenwachstum gewinnt. Die Umsetzung des Leitbildes der dezentralen Konzentration ist notwendig. Die Regionen und die Kommunen, die Menschen und die Unternehmen, die den Problemen am nächsten sind und am besten darüber Bescheid wissen, sollen mehr Verantwortung übernehmen und größere Spielräume bekommen. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen muss intensiviert werden.

Den von SPD und CDU geplanten neuen Anlauf zur Länderfusion in den nächsten Jahren hat die Große Koalition selbst verspielt; ein neuerlicher Volksentscheid zur Länderehe im Jahr 2006 ist mittlerweile ausgeschlossen. Ein Neben- oder gar ein Gegeneinander von Berlin und Brandenburg aber zersplittert die Kräfte, verschleißt Ressourcen und schadet letztlich den Menschen. Aus unserer Sicht geht es deswegen auf absehbare Zeit darum, Wirtschafts- und Sozialkreisläufe – einschließlich des wissenschaftlich-technischen Potenzials und der Kultur – konkret und verbindlich zu vernetzen.

Kommunale Zusammenarbeit im Verflechtungsraum zwischen Berlin und Brandenburg gibt es derzeit kaum; sie muss in wichtigen Lebensfragen der Menschen entfaltet werden. Hier müssen die Rahmenbedingungen geändert werden. Begleitend braucht es einen breiten öffentlichen Diskurs über die Perspektive der Region – unter starker

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dabei sollte es um ein künftiges gemeinsames Leitbild für die Gesamtregion gehen, um gemeinsam anzustrebende soziale und demokratische Standards, um Lösungen für die Haushaltskrise in beiden Ländern und insbesondere für die zukünftige Gemeindefinanzierung.

Offene Grenzen und wachsende Mobilität von Arbeitskräften und Dienstleistungen sowie wachsende Verflechtungen von wirtschaftlicher Tätigkeit erfordern eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor allem in der Grenzregion. Angst, Ressentiments und das Vertagen von Problemen sind dabei die falschen Ansatzpunkte. Wichtig ist vielmehr eine weitere Ausprägung eines positiven Integrations- und Kooperationsklimas. Wir setzen gerade deswegen alles daran, die Chancen der EU-Erweiterung zu nutzen – und nicht vor den Risiken zu verzagen.

Im Einzelnen wollen wir:

■ Eine integrierte ländliche Entwicklungspolitik durchsetzen, die neben der Agrarpolitik gleichermaßen die Regional-, Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs-, Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturpolitik einbezieht: Regionenspezifische Leitbilder sollen vor Ort entstehen, damit z. B. die sehr unterschiedlichen landschaftlichen Gegebenheiten für bestimmte Nutzungen mit Vorrangausweisungen versehen werden können – wie z. B. Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Wassernutzung, Tourismus, Freizeit und Erholung. Die Raumordnung muss auf Landesebene dieses Konzept in ausgewählten Räumen unter Beachtung der Mindeststandards konkretisieren. In diesem Zusammenhang steht unsere aktive Unterstützung der ›Lokalen Agenda 21‹.

■ Eine Enquete-Kommission »Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg« einsetzen: Ziel soll die Erfassung der natürlichen Potenziale und die Entwicklung einer Strategie zur Gestaltung nachhaltiger Produktions- und Lebensweisen – im engen Zusammenwirken mit Berlin – sein.

■ Die Großschutzgebiete zu Modellregionen einer besonders nachhaltigen Bewirtschaftung weiterentwickeln und ein Moorschutzprogramm auflegen, mit dem trockengelegte Flächen renaturiert und die Situation des Landschaftswasserhaushaltes verbessert wird.

■ Kultur im Land Brandenburg räumlich und sozial für alle erreichbar gestalten: Dazu sind Theater und Orchester zu stärken und das Netz von Bibliotheken, Musikschulen, Museen und Kulturfestivals zu sichern. Die Unterstützung des Landes für die freien Ensembles und die Soziokultur muss erhalten bleiben.

■ Die Landeshauptstadt Potsdam umfassend unterstützen: Der Hauptstadtvertrag soll weitergeführt und die Bewerbung Potsdams als Europäische Kulturhauptstadt 2010 mit Nachdruck gefördert werden.

Mit seiner national wie international zunehmenden Ausstrahlungskraft wirbt Potsdam nicht nur für sich selbst, sondern für das ganze Land.

■ Die Entwicklung der Grenzregion als gemeinsame Aufgabe der Länder Berlin und Brandenburg sowie der angrenzenden polnischen Woiwodschaften Lebusener Land und Westpommern umsetzen: Im Ergebnis einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aller Seiten, die auch die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung sichert, ist ein gemeinsamer Wirtschaftsstandort Brandenburg-Westpolen herauszubilden. Die gemeinsame deutsch-polnische Regionalplanung ist zu qualifizieren und zu intensivieren. Entwicklungsachsen wie Berlin–Szczecin, Berlin–Warschau und auch die Entwicklung der Doppelstädte Frankfurt/Oder und Slubice oder Guben und Gubin können so für die Entwicklung der Gesamtregion produktiv gemacht werden. Mittelfristig notwendig ist eine gemeinsame Institution der Länder Berlin und Brandenburg und der angrenzenden polnischen Woiwodschaften, die nicht nur beratend tätig ist, sondern auch autorisiert ist, Entscheidungen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region zu treffen.

■ Ein Programm »Fit in Europa« auflegen, aus dem Hilfen für die Bereiche Bau, Handwerk, Dienstleistungen u. a. in Grenznähe zum Aufbau höherwertiger Leistungsangebote sowie zur verbesserten grenzüberschreitenden Ausrichtung auch von technologieorientierten Branchen möglich sind. Durch Ausbau des Fremdsprachenunterrichts ab der Vorschulzeit, gezielte Aus- und Fortbildung von Lehrkräften für Fremdsprachenunterricht, intensiven Austausch von SchülerInnen und Lehrkräften soll ein mehrsprachiger Raum herausgebildet werden. Dazu gehören auch deutsch-polnische Schulprojekte. Europäische Inhalte sollen in den Lehrplänen stärker berücksichtigt werden.

■ Der wachsenden Mobilität der Menschen im ganzen Land ist mit attraktiven, sicheren und bezahlbaren Angeboten von Bussen und Bahnen als Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu entsprechen. Wir setzen uns angesichts der Unfallzahlen im Land für die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Tempolimits auf Bundesautobahnen 130, auf Bundesstraßen 80, innerorts für die Ausweitung der Tempo-30- Zonen, für das Fahren mit Licht am Tage sowie die Senkung der Promillegrenze auf Null bundesweit ein. Wir fordern den Stopp des verkehrs-, umwelt- und wirtschaftspolitisch sinnlosen Havelausbaus.

## **6. Haushalts- und Finanzpolitik nach der Ära der Verschwender: Die Zukunft der Menschen im Land solide finanzieren.**

Die Haushaltslage Brandenburgs ist nach 13 Jahren SPD-Regierungsverantwortung, darunter fünf Jahren CDU-Regierungsbeteiligung katastrophal. Der verfassungsmäßig vorgegebene Spielraum ist ausgeschöpft; dem aktuellen wie künftigen Landeshaushalten droht die Verfassungswidrigkeit, weil die neuen Schulden die Investitionen übersteigen. Die Strategie der Landesregierung, vor allem fragwürdige industrielle Großprojekte zu finanzieren, ist gescheitert; durch Pleiten und Verschwendung sind große Mengen von öffentlichen Geldern ohne positive Wirkung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt unwiederbringlich verloren. Die von der SPD-CDU-Koalition mit getragene und mit gestaltete Steuerreform des Bundes hat die Krise im Lande maßgeblich verstärkt.

Die PDS wird den künftigen finanziellen Bedarf von den Grundinteressen der Menschen ableiten und dabei die Anforderungen der Zukunft im Auge haben; alle Haushaltsentscheidungen sind auf soziale Gerechtigkeit und auf Nachhaltigkeit hin zu prüfen.

Stabile öffentliche Haushalte und Geldwertstabilität sind für die PDS wichtige politische Zielgrößen – genauso wie der Anspruch, dass sich das Land auch bei dramatischer Haushaltslage nicht aus seiner sozialen Verantwortung stehlen darf. Künftig müssen also im Lande die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Erhalt der sozialen und natürlichen Lebensbedingungen sowie die Konsolidierung des Haushaltes Hand in Hand gehen. Eine Wende im Umgang des Landes mit den öffentlichen Finanzen ist unausweichlich: weg von der Verschwendung, weg vom sozial und ökologisch blinden Regiment des Rotstifts. Sie wird wegführen von der Spirale des Sparens und des Noch-mehr-Sparens und hin zu einem wesentlich effizienteren, verantwortungsbewussteren und zielgerichteteren Mitteleinsatz. Wenn künftig Steuergelder ausgegeben werden, soll dies auch auf einem neuen Investitionsverständnis beruhen, das der notwendigen Einheit von wirtschaftlicher, sozialer und ökologisch nachhaltiger Entwicklung Rechnung trägt.

Eine solche Wende wird nicht von einem Tag auf den anderen Finanzquellen ohne jede Beschränkung fließen lassen. Sie wird an Einschnitten bei Ausgaben nicht vorbei kommen und sich auch einem volkswirtschaftlichen verantwortungsbewussten Umgang mit den teuren Misserfolgen der früheren Regierungen zu stellen haben: etwa beim Lausitzring oder bei der Investruine der Chipfabrik. Mit einer fundierten Aufgabenkritik in allen Landesbehörden muss festgestellt werden, wo und wie öffentliches Geld besser als bisher verwendet werden kann. Wir streben an, direkt von einer neuen Haushaltspolitik

Betroffene stärker in deren Erarbeitung einzubeziehen, wozu Gesetze geändert werden. Alters- und fluktuationsbedingt frei werdende Stellen müssen zur dauerhaften Kostensenkung bei gleichzeitiger Sicherung eines Einstellungskorridors für junge Menschen genutzt werden.

Für einen Neuanfang muss reiner Tisch gemacht werden. Deswegen verlangen wir bereits unmittelbar nach den Wahlen einen Kassensturz – eine radikale Überprüfung und Offenlegung aller Posten nach Sinn und Summe sowie nach personeller Verantwortung. Sinngemäß gilt das für die vielfältigen Beteiligungen des Landes, bei denen die Landesinteressen klar definiert und zum Kriterium für das weitere Verfahren werden müssen.

Wichtige Instrumente einer neuen Haushaltspolitik sind für uns:

1. der Verzicht auf Dopplungen mit Förderprogrammen des Bundes. Förderprogramme von EU, Bund und Land müssen sinnvoll miteinander verknüpft werden;
2. die Umwandlung von Zuschüssen in Darlehen; mehr revolving Fonds;
3. die Anwendung des Bürgschaftssystems auch für Vorhaben der Regionalentwicklung;
4. das Zusammenwirken von privater und öffentlicher Finanzierung;
5. der Ausschluss finanzieller Verluste aus ineffektiven Investitionsvorhaben und Beteiligungen durch solide Prüfungen und Analysen.

Gelingt es, Haushaltskonsolidierung und Strukturentwicklung sowohl in den einzelnen Fachbereichen als auch in der Finanzpolitik insgesamt zusammenzuführen und zumindest punktuelle Verbesserungen bundespolitischer Rahmenbedingungen zu erwirken, so ist auch eine moderate Erhöhung der Nettokreditaufnahme in den ersten Jahren des Konsolidierungsprozesses zu verantworten. Dabei ist langfristig anzustreben, dass die Steuerdeckungsquote des Landes steigt und die Investitionsquote stabilisiert wird. Im Interesse einer langfristigen Haushaltskonsolidierung sowie der Entwicklung des Landes macht eine solche Erhöhung der Nettokreditaufnahme nur dann einen Sinn, wenn die Mittel eingesetzt werden

- a) zur Sicherung der Investitionsfähigkeit der Kommunen
- b) zur Kofinanzierung von EU- und Bundesmitteln, sofern der inhaltliche Ansatz der Förderung den Bedingungen des Landes entspricht.

Unsere in diesem Dringlichkeitsprogramm erhobenen Forderungen sind innerhalb der hier vorgegebenen und im betreffenden Zeitraum realisierbaren Eckpunkte einer neuen Haushaltspolitik zu finanzieren:

■ Wir veranschlagen für die Zukunftsinvestition Bildung eine Gesamtsumme von 100 bis 110 Mio €, die aus Umschichtungen im

bestehenden Haushaltsvolumen aufzubringen sind – einschließlich einer Neuaufteilung von entsprechenden EU-Strukturfondsmitteln.

■ Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung handelt es sich einerseits um die Bündelung bereits vorhandener Mittel (Regionalfonds). Andererseits soll auf Bürgschaften umgestellt werden, wodurch der Barmittelansatz reduziert und – ohne nachteilige Wirkungen für die Wirtschaft – etwa 130 Mio € frei werden, die größtenteils zur Finanzierung des Bildungsprogramms gebraucht werden.

■ Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen des Landes sollen nicht im allgemeinen Haushaltsloch verschwinden, sondern gezielt eingebracht werden, um einen Kapitalstock für die Stiftung »Arbeit und Ausbildung« aufzubauen.

■ Die verfassungsgemäße Finanzausstattung der Kommunen muss aus Effektivitätsgewinnen und durch Neujustierung von Prioritäten im Haushalt, ggf. durch Kreditaufnahme aufgebracht werden. Eine bundesweite Gemeindefinanzreform bleibt notwendig.

■ Wir wollen die Lottomittel in den regulären Landeshaushalt einstellen, diese als Einnahmen gesondert ausweisen, damit die Kontrolle des Mitteleinsatzes verbessern und so Verlässlichkeit bei der Finanzierung sozialer Projekte und des Sports herstellen. Dabei ist der im Sportförderungsgesetz festgeschriebene Anteil der Lottomittel zur Unterstützung des Sports in vollem Umfang zu gewährleisten.

## **7. Brandenburgische Politik und brandenburgische Politiker auf der Seite des sozialen Gewissens in Deutschland – bundespolitischen Reformen menschliches Maß abverlangen und als ostdeutsche Stimme vernehmbar sein.**

Was ein Bundesland sich vornehmen und erreichen kann, hängt maßgeblich von äußeren Bedingungen ab – deswegen ist es wichtig, den Anspruch auf sozial gerechte Veränderungen und auf größere eigene Handlungsspielräume sowohl gegenüber dem Bund als auch gegenüber der Europäischen Union mit Nachdruck zur Geltung zu bringen. Und das sowohl in den bestehenden Institutionen als auch bei deren Umbau.

Die PDS hat als einzige parlamentarische Kraft in Deutschland der »Agenda 2010« der Bundesregierung und dem bloßen Abbauprogramm der anderen Parteien eine »Agenda sozial« gegenüber gestellt. Damit steht die PDS

■ für einen neuen Verteilungskompromiss zwischen Reich und weniger Reich, zwischen öffentlichem und privatem Reichtum,

■ für eine humane Arbeitswelt, die die Menschen vor der Willkür des Marktes schützt,

■ für eine Politik, die allen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Gesundheitszustand oder sexueller Orientierung – ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Die Wählerinnen und Wähler, aber auch die Verantwortlichen in anderen Bundesländern, im Bund und bei der EU sollen wissen, dass wir diesen Grundsätzen konsequent folgen werden. So werden wir darauf drängen, dass

■ die mit dem Solidarpakt II vereinbarten Mittel in voller Höhe in die ostdeutschen Länder fließen;

■ Ostdeutschland auch nach 2006, also dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode, wie ein Ziel-1-Gebiet aus den EU-Strukturfonds unterstützt wird;

■ Einnahmeverbesserungen und größere Spielräume für die öffentliche Hand auf den unterschiedlichen Ebenen entstehen. Zentrale Forderungen unsererseits zur zukünftigen finanziellen Absicherung der kommunalen und Landesaufgaben sind:

– die Vermögensteuer auf geänderter Bemessungsgrundlage wiederzuerheben,

– den Steuerertrag aus hohen Erbschaften und Schenkungen zu erhöhen,

– die mittelstandsfeindlichen Wirkungen der Unternehmensteuerreform zu korrigieren und die großen Konzerne stärker heranzuziehen,

– zur direkten Besteuerung der Einkommen nach der Leistungsfähigkeit überzugehen,

– die Ökosteuerreform auf mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Effekte auszurichten,

– eine kommunale Finanzreform durchzusetzen, die die finanzielle Situation der Gemeinden und Landkreise spürbar verbessert,

– das strikte Konnexitätsprinzip bei der Übertragung von Aufgaben an die Länder und Kommunen durchzusetzen, d. h. eine einhundertprozentige Finanzierung aller übertragenen Aufgaben zu sichern;

■ eine gerechte Bürgerversicherung eingeführt wird, in die alle – auch Beamte, Selbständige, Freiberufler und Politiker – einzahlen, keine weiteren Zuzahlungen, Praxisgebühren und ähnliche Instrumente der Privatisierung gesundheitlicher Risiken erfolgen und der Übergang zur Bemessung der Arbeitgeberbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen auf der Grundlage der jeweiligen Wertschöpfung – nicht allein der Lohn- bzw. Gehaltssumme – vollzogen wird;

■ mit politisch hergestellten Benachteiligungen Ostdeutscher Schluss gemacht wird. Die immer noch bestehenden Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung von DDR-Renten in bundesdeutsches Recht müssen endlich beseitigt werden und die Angleichung der Renten in Ost und West vollzogen werden. Die Überwindung der



Schlechterstellung von Ärztinnen und Ärzten im Osten steht auf der Tagesordnung. Widerstand ist gegen die Pläne des Bundes notwendig, der nach Ablauf der Pachtverträge frei werdende, einst volkseigene landwirtschaftliche Flächen verkaufen will und damit durch faktischen Flächenentzug die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe gefährdet. Wir fordern einen Stufenplan für die Angleichung der Löhne und Gehälter im Osten an die in den alten Bundesländern;

- die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide durch die Bundeswehr und andere Streitkräfte beendet wird. Wir unterstützen mit allen parlamentarischen Mitteln und durch persönliche Mitarbeit die Ziele und Aktivitäten der Bürgerinitiativen und der Kommunen für eine ausschließlich zivile Nutzung dieser Landschaft;
- eine solidarische Reform der bundesstaatlichen Ordnung vereinbart wird, die der Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes dient. Im Rahmen der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung müssen die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder erheblich gestärkt und vor allem die Kompetenz der Landtage erweitert werden. Wir werden um die Sicherung des Solidarprinzips im Verhältnis zwischen Bund und Ländern und im Verhältnis zwischen den Ländern kämpfen und uns für eine Definition und Ausübung von Staatsaufgaben einsetzen, die finanzielle Rahmenbedingungen und stabile soziale Standards ausbalanciert;
- eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene durchgesetzt wird, die diesen Namen verdient und mit der den Gemeinden und Landkreisen vor allem stabile Einnahmequellen zugewiesen werden;
- die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene erweitert wird. Die PDS wird sich auf Bundesebene für die Einführung von direkter Demokratie nach dem Vorbild Brandenburgs sowie für die Direktwahl des Bundespräsidenten einsetzen.

Den Abwärtstrend zu stoppen,  
in die Zukunft zu investieren,  
für soziale Gerechtigkeit zu streiten –  
dies ist Herausforderung  
an und Chance für alle in Brandenburg.

Miteinander verändern!

Beschluss der 3. Tagung des 8. Landesparteitages  
der PDS Brandenburg:  
Programm der PDS Brandenburg  
zu den Landtagswahlen am 19. September 2004

Herausgegeben vom Landeswahlkampfleiter  
der PDS Brandenburg Heinz Vietze

WahlQuartier in den Bahnhofspassagen  
Babelsberger Straße 12, 14473 Potsdam  
Telefon 03 31/74 03 90, Fax 03 31/74 03 910  
wahlquartier@pds-brandenburg.de  
[www.rote-karte-zeigen.de](http://www.rote-karte-zeigen.de)



